

Jour fixe vom 07.11.22: Fortsetzung „Der Wirtschaftskrieg wird global und prinzipiell“ (GSP 3-22)

— Im Protokoll vom 24.10.22 steht, dass auch die jetzige Krise letztendlich ihren Grund darin hat, dass der Lohn nicht im gleichen Maß wie die Warenpreise steigt; dass es ein Missverhältnis zwischen gesellschaftlich vorhandenem Kapital und Lohn gibt. Das bezweifle ich. Es gibt doch zwei Kapitalkreisläufe, der große behandelt die Konsumtion der Produktionsmittel durch die Kapitalisten, der kleine die Konsumtion der Arbeiter (vgl. MEW 24). Die unterscheiden sich und finden getrennt voneinander statt. Wie kann dann die mangelnde Konsumtion der Arbeiter eine allgemeine Krise auslösen?

- 10 Der Lohn kommt *doppelt* vor: als Kostenfaktor und als Kaufkraft. Als *Kostenfaktor* soll er möglichst gering sein, denn je geringer die Lohnkosten sind im Verhältnis zu dem, was aus der Arbeit herausgeholt werden kann, desto größer ist der Gewinn. Deshalb beharren Unternehmer gerade auch in Zeiten von Inflation darauf, dass die Löhne nicht steigen dürfen, und verändern so ganz ohne technischen Fortschritt das Lohn-Leistungs-Verhältnis.
- 15 Zugleich wird der Lohn als *Kaufkraft* für die Realisierung des Gewinns beansprucht. Das ist ein *Widerspruch*, denn mit der Leistungssteigerung wächst einerseits die Warenmenge – während andererseits die gesellschaftliche Zahlungsfähigkeit, insbesondere die der Lohnempfänger, nicht im gleichen Maß ansteigt bzw. relativ sogar sinkt. Wenn Warenmenge und Zahlungsfähigkeit immer weiter auseinanderklaffen, erschwert das die Realisierung des
- 20 Warenwerts, die doch der Zweck der Produktion ist. Und das *generell*, nicht nur die Realisierung der Konsumgüter. Das ist im Protokoll als prinzipielle „Schranke“ bezeichnet.

Das spezielle an der *derzeitigen* Krise ist, dass der Westen mit seinen Sanktionen die steigenden Energiepreise und in Folge die verallgemeinerte Preissteigerung selbst herbeigeführt hat. Diese Nationen statten mit ihrer Kreditmacht ihre Kapitalisten mit Zahlungsfähigkeit aus, was zu einer allgemeinen Preissteigerungswelle führt. Weil die Kapitalisten weitgehend über Kredit verfügen, also zahlungsfähig sind, können sie die erhöhten Preise ihrer Zulieferer zahlen und die erhöhten Preise nach eigener Kalkulation auch weitergeben. Anders bei den Lohnempfängern. Deren Einkommen ist vertraglich fixiert und wenn der Lohn nicht steigt (Lohnsteigerungen müssten erst mal durchgesetzt werden), können sie die erhöhten Preise nicht zahlen. Darin liegt auch in dieser speziellen Krise der letzte Grund.

— Zum geäußerten Zweifel, die gesunkene Kaufkraft könne nicht Auslöser der Krise sein, weil es doch zwei verschiedene Kapitalkreisläufe sind: Es ist nicht so, dass der Kreislauf der Konsumprodukte nur zwischen Konsumenten stattfindet. Auch in diesem Kreislauf wird Profit realisiert. Wenn der Lohn nicht entsprechend der Inflationsrate ansteigt, dann kann in dieser Höhe weniger konsumiert werden und es wird in dieser Höhe im Konsumkreislauf weniger Profit realisiert.

Im zweiten Band des Kapitals wird mit den Kapitalkreisläufen nicht die Unmöglichkeit der Krise bewiesen. Aufgezeigt wird im Gegenteil die Verkettung der Kapitale, der umfassende, wechselseitig voneinander abhängige Geschäftserfolg der Kapitalisten des großen und kleinen Kapitalkreislaufs als Bestandteile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals.

— Ich habe mir die Krise damit erklärt, dass zu viel Produkte auf dem Markt sind, weil durch Staatsverschuldung viel Kredit zur Verfügung gestellt wurde. Damit erhöht sich auch der Anspruch auf *G'*, der aber bei zunehmender Krisenlage nicht realisiert werden kann. Es ist dann auf beiden Seiten zu viel, zu viel Waren und Kredit im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage.

Der Artikel argumentiert nicht mit ‚zu viel‘ Kapital oder mit Überakkumulation. Das *erste* Argument ist: die kapitalstarken Nationen *schaffen* Zahlungsfähigkeit, stellen Kredit und Liquidität zur Verfügung. Sie refinanzieren Banken, damit die vermehrt Kredite an ihre Geschäftskunden vergeben, und legen Subventionsprogramme für ihre Unternehmen auf.

50 Das Resultat ist eine weltweite allgemeine Teuerungswelle – Inflation. Das *zweite* Argument ist, wie sich die Inflation auf die Gesellschaft, auf Lohnempfänger und Kapital, auswirkt:

Für die Lohnarbeiter ist Inflation gleich Reallohnsenkung, ihre Kaufkraft sinkt. Das wirkt sich auch auf den Kapitalkreislauf aus, denn in dieser Höhe fällt die nötige und beanspruchte zahlungsfähige Nachfrage aus.

— *Ist diese verminderte Zahlungsfähigkeit der Lohnempfänger wirklich so ausschlaggebend? Im Vergleich mit den Kapitalumschlägen im produktiven Bereich ist die für den Erfolg im Konsumbereich nötige Zahlungsfähigkeit doch eher gering.*

Für die Fortführung der Geschäfte bei steigenden Preisen kommt es entscheidend darauf an, dass die auch am Markt realisiert werden. Das geht mit einer entsprechend hohen Zahlungsfähigkeit, mit Kredit. Das heißt aber noch lange nicht, dass alle Kapitalisten die gestiegenen Kosten weitergeben können, dass alle Geschäfte unter den veränderten Bedingungen gelingen. Und wenn die Waren nicht zu den kalkulierten Preisen verkauft werden können, der Geschäftserfolg sogar ganz ausbleibt, hat dies Rückwirkung auf die eigenen Zahlungsverpflichtungen. Kredite können nicht mehr bedient werden. Banken schätzen dann ganz neu ein, bei wem, in welchen Branchen, mit welchen Geschäften sich ihr Geschäft – die Kreditvergabe – noch lohnt. In dem Maß, in dem die Schwierigkeiten der Unternehmer mit der Kreditbedienung wachsen und Banken mit der Kreditvergabe zögerlich werden, *fehlt* es an Zahlungsfähigkeit. In der Folge verallgemeinern sich die Schwierigkeiten des Geschäftemachens. Davon sind dann beide Abteilungen des Kapitals – konsumtives wie produktives – betroffen.

Die Auswirkungen der Inflation sind sehr unterschiedlich: Lohnabhängige müssen mit dem Lohn ihren Lebensunterhalt bestreiten, können das aber nicht mehr in dem Maß, in dem das Geld inflationiert wird, sie werden verarmt. Dem steht auf der Kapitalseite nicht gegenüber, dass die Unternehmer sich ebenfalls einschränken müssten. Bei denen geht es um Geschäfte, die – abhängig von der Konkurrenz – erfolgreich sind oder ins Stocken geraten. Erfolge und Pleiten gibt es nebeneinander. Es gibt „Krisengewinnler“, die ohne eigene erhöhte Kosten erhöhte Preise durchsetzen können, Energiekonzerne z.B., die derzeit riesige Gewinne einfahren; Glasbläsereien, Bäcker etc., die wegen der hohen Energiekosten kurz vor der Pleite stehen; und Unternehmen, die dank Kredit mit den Kostensteigerungen zurecht kommen und so weiter machen können wie bisher. Der Widerspruch aber ist, dass die reale Lohnsenkung, die *Verarmung* der Leute durchs Kapital *auf die Geschäfte zurück wirkt*, so dass in dem Maß, in dem die Lohnabhängigen real weniger verdienen, auch weniger Geschäfte am Markt realisiert werden, als es für den Fortgang des Geschäfts nötig wäre.

*

— *Auf S. 31 geht es um den "teilweise schon in die Tat umgesetzten Beschluss, sich bei der Güterbeschaffung von ausländischen Billiganbietern unabhängig zu machen und so den Abfluss von Kaufkraft ins Ausland zu verhindern". Mein Einwand ist, dass es bei den beim letzten Mal genannten Beispielen – den Bemühungen der Politik, die Produktion z.B. von Autobatterien oder Chips durch Anreize ins Inland zu verlagern – nicht um Kaufkraft geht, sondern darum, die Produktion von strategischen Gütern ins Inland zu verlagern. Es wird zwar im Rahmen der Handelspolitik mit China darüber geredet, dass mehr diversifiziert werden muss, um weniger abhängig zu sein, aber es gibt keine Bemühungen, die Produktion nach Europa zurück zu verlagern.*

Da sind zwei unterschiedliche Abteilungen Wirtschaftspolitik angesprochen, die sich nicht ausschließen. Einmal geht es um die *wirtschaftsstrategische* Überlegung, sich weniger abhängig von China zu machen. Bestimmte Waren will man nicht mehr nur aus China, sondern auch anderswoher beziehen oder – wenn möglich – auch in Deutschland produzieren lassen. Daneben gibt es die Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt, den Abfluss von Kaufkraft ins Ausland, das viele Waren billiger produzieren und anbieten kann, zu korrigieren: Der Staat wirkt durch Subventionen darauf hin, dass die Produkte auch im Inland billiger produziert werden können und dadurch konkurrenzfähig sind, oder ausländische Produkte werden verteuert, indem man bestimmte Normen ändert und Auflagen einführt z.B. in Bezug auf Qualität dieser Produkte. Um diese Abteilung

105 Wirtschaftspolitik geht es an dieser Stelle. Das Argument heißt hier: Wenn die eingeschränkte Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ein Grund der Krise ist, dann reagiert der Staat darauf und bemüht sich darum, dass die Zahlungsfähigkeit nicht ins Ausland abfließt, sondern von den heimischen Kapitalisten abgeschöpft wird.

110 In der aktuellen Krisenkonkurrenz setzen die führenden Wirtschaftsmächte – die Standorte mit einem starken Finanzmarkt – ihre Kreditmacht zur Stärkung ihrer Standorte ein. Das ist damit identisch, dass sie die Abwälzung der Rezessionschäden – beabsichtigt oder nicht – auf andere Länder betreiben. Ein Beispiel für diese Konkurrenz ist, dass die Kreditmacht Deutschland 200 Milliarden Euro mobilisiert, um ihre eigene Wirtschaft zu stärken. Damit geht einher, dass der Schaden auf die Länder abgewälzt wird, die nicht über die Kreditmacht
115 verfügen, um das gleiche für ihre Wirtschaft leisten zu können.

— *Das ist die Konkurrenz in der EU, wo über den "Doppelwumms" wegen mangelnder deutscher Solidarität gestritten wird. Aber in dem zitierten Halbsatz auf S. 31 geht es doch um eine protektionistische Politik, die das Ende der Globalisierung anstrebt. Gibt es dafür Beispiele für Deutschland oder die EU?*

120 Wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie die Subventionierung der Produktion, um die Abhängigkeit von China zu reduzieren oder Lieferketten zu sichern, haben *auch* den Effekt Kaufkraft im Land zu stärken und aus anderen Ländern zurück zu holen. Protektionistische Maßnahmen sind sowieso nicht ein Gegensatz zur Globalisierung. Das gehört zusammen. Im weltweiten Handel werden dauernd Produktionsstandorte verlagert oder zurückgeholt.
125 Der Staat bilanziert, in welcher Weise das dem Nutzen der Nation insgesamt dient. Und wenn von diesem Standpunkt aus der Nutzen im Vergleich zu auswärtigen Geschäften nicht gewährleistet ist, dann schreiten Wirtschaftspolitiker zu den beschriebenen Maßnahmen: Damit eigene Unternehmen am Markt mit konkurrenzfähigen Preisen antreten können. Da werden z.B. ausländische Geschäftemacher durch die Einführung von Labels
130 ausgeschlossen. Dabei wird aber die Globalisierung nicht widerrufen.

— *Die Verordnungen für Labels sind ein Beispiel für das Vorhaben, andere vom eigenen Markt auszuschließen. Davon ist aber nicht erst jetzt in der durch die hohen Energiepreise verursachten Krise die Rede, sondern das gab es schon vorher in der weltweiten Finanz- und Kreditkrise.*

135 — *Auch an dem neuesten amerikanischen Gesetzesvorhaben, „dem Inflationsbekämpfungsgesetz“, wird deutlich, dass es den Staaten darum geht, Produktion aus dem Ausland zurückzuholen, um die Inflation zu bekämpfen. Dass es das bei uns nicht als ein so umfassendes Gesetz gibt und es auch schon vorher Gründe für Kaufkraftrückholung gab, bedeutet nicht, dass die europäischen Staaten das nicht betreiben
140 und dieses Anliegen nicht auch für sie unter dem Inflationsgesichtspunkt neue Virulenz bekommt.*

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Förderung der Unternehmen am eigenen Standort, um ausländische Konkurrenten zu verdrängen und Kaufkraft im eigenen Land abzuschöpfen, gibt es nicht erst wegen der jetzigen hohen Energiepreise, spätestens seit der
145 Pandemie gibt es die staatlichen Förderprogramme und riesige Kreditausweisungen dazu. Aber das ist kein Argument dagegen, dass das unter dem Vorzeichen der aktuellen Krisensituation durch hohe Energiepreise weiterhin stattfindet. Auch das milliardenschwere US-Konjunkturprogramm ist zunächst ein Stück Standortkonkurrenz und geht nicht darin auf, Kaufkraft im Land zu halten.

150 Die oben zitierte Aussage im Artikel weist darauf hin, dass bei drohender Rezession zwischen den Nationen ein Konkurrenzkampf darum stattfindet, wo die rezessionsbedingten Schäden anfallen und wer besser durch die Krise kommt. Das Resultat ist aber nicht, dass die Probleme dadurch beseitigt sind, sondern es werden Rückwirkungen produziert, die auch bei denen für Einbrüche im Wachstum sorgen, die die Konkurrenz zu Lasten anderer
155 betreiben. Was aus anderen Gründen schon länger an Förderung von Geschäften am heimischen Standort in die Wege geleitet wurde, ist in der aktuellen Lage ein Stück

Krisenkonkurrenz darum, in welcher Nation das Wachstum gestärkt wird und welcher Nation Kaufkraft entzogen wird.

*

160 **Die Universalisierung des Sanktionsregimes: Notwendigkeit und Rechtsanspruch westlicher Wirtschaftskriegsführung (S. 34)**

— Zur Notwendigkeit: Wenn von Seiten der westlichen Staaten gefordert wird, die Sanktionen gegen Russland global zu machen, hat das zwei Seiten: Erstens müssen, weil das heutige Geschäftemachen global verläuft, auch die Sanktionen, wenn sie wirksam sein sollen, global sein. Zweitens werden sie nur wirksam, wenn die nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt einem zusätzlichen Zweck gehorchen, nicht allein der Gewinn soll im Vordergrund stehen, sondern die Geschäfte sollen neuerdings so ablaufen, dass sie Russland schädigen.

Der Ausgangspunkt ist, dass die USA und ihre verbündeten Staaten feststellen müssen, dass die von ihnen beschlossenen Sanktionen gegen Russland von etlichen Staaten nicht übernommen werden und so Russland sogar Ersatz für ausgefallene Geschäfte oder auch neue Geschäfte ermöglichen; z.B. landet russisches Gas, das nicht in Europa verkauft werden darf, stattdessen in China und Indien. Also ist es gerade nicht so, dass das Kapital da Geschäfte unterlässt. Der Westen stößt auf eine Schranke, einen Widerstand. Damit geht er nicht so um, dass er die anderen Staaten von dem Wirtschaftskrieg zu überzeugen versucht oder sie zum Mitmachen überredet, sondern er macht die Teilnahme an dem Wirtschaftskrieg zu einer Grundsatzfrage, an der sich die ganze Staatenwelt in Gegner oder Befürworter der regelbasierten Weltordnung scheidet. Mit diesem Anspruch auf Gefolgschaft geht der Westen auf die restliche Staatenwelt los.

180 — Es ist ja wirklich bemerkenswert wie prinzipiell dieser Anspruch in der G7- Erklärung formuliert wird. Es ist von einer kritischen Wegscheide und von einer regelbasierten Ordnung, die eingehalten werden muss, die Rede. Da wird dem dahinterstehenden polit-ökonomischen Kriegszweck gegen Russland eine höhere Weihe verliehen, da werden die allerhöchsten Werte bemüht, um daraus einen Rechtsanspruch abzuleiten, der, wie später im Artikel erläutert wird, auch mit der entsprechenden Gewalt durchzusetzen ist.

Das ist ein Rechtsanspruch auf Weltordnung und darauf, dass die USA und ihre Verbündeten die Subjekte davon sind; ihr Anliegen tragen sie als unverhandelbar, weil von den höchsten Werten gedeckt, vor: Sie können gar nicht anders und haben deswegen auch den Anspruch auf das Mitmachen der restlichen Menschheit, die selbstverständlich auch gar nicht anders kann, als mitzumachen.

190 — Sonst wäre es auch nur ihr Interesse und nicht ihr Recht. Ihr Interesse kommt in dem Zitat aber nicht vor, sondern der Kampf um eine gerechte Welt und der ist unverhandelbar. Ein Anspruch, in dem der Nato-Zweck völlig weg ist; ein höherer Anspruch, der mit höheren Weihen versehen ist.

195 — Ganz am Schluss auf Seite 47 steht: „Auch an dieser Front fallen Notwendigkeit und Unmöglichkeit der Gleichschaltung der Staatenwelt zusammen“. Der Westen fordert, dass sich dem Kampf um eine gerechte Welt alle Staaten anschließen müssen. Wer das nicht macht, wird selber mit Sanktionen überzogen. Steht das nicht im Widerspruch zur Unmöglichkeit?

200 Dieser Schluss steht am Ende und dazwischen tauchen ja noch eine ganze Reihe von Argumenten auf. Vorher ist der Standpunkt zu kennzeichnen, mit dem die Subjekte des Wirtschaftskriegs auf den Rest der Welt losgehen. Der ist auf keinen Fall mit so etwas wie einem Hilfersuchen zu verwechseln, in dem Sinne, dass sie es alleine nicht schaffen würden. Der Standpunkt, der geltend gemacht wird, heißt erstens: Es gehe um eine gerechte Sache in vollkommener Übereinstimmung mit den allerhöchsten Werten. Weswegen es sich zweitens um eine Sache handle, aus der sich niemand ausnehmen darf, sonst steht die Androhung von Sanktionen an.

— So ist wohl auch der Satz zu verstehen, dass dieser Gegensatz zu Russland von Seiten des Westens „in den Rang einer Systemkonkurrenz gehoben“ (S. 35, m.) wird. Das ist gerade nicht die einfache Botschaft, der Westen hat gegen Russland einen Kampf auszufechten, sondern eine Auseinandersetzung auf dem Niveau der höchsten Werte und daran hat sich der Rest der Welt zu orientieren und zu sortieren.

Dass sich ‚daran der Rest der Welt orientieren‘ soll, ist zu schwach formuliert. Diesem Rest wird doch nicht offengelassen, wie er es mit seinen Werten halten will, sondern es steht eine Sortierung der Welt an, die auf eine Frontbildung hinaus will, die die Welt unterteilt in welche, die auf der guten, auf „unserer“ Seite stehen, und die anderen, die auf der bösen, der feindlichen Seite sind.

Die westlichen Staaten beanspruchen die antirussische Gefolgschaft und machen dabei klar, dass es angesichts der hohen Werteebene, auf der sie diesen Gegensatz ansiedeln, für alle anderen keine Alternative zu dieser Gefolgschaft gibt; die ist unverhandelbar.

— Auch die destruktiven Wirkungen der Energie- und Ernährungspolitik dürfen nicht als Grund geltend gemacht werden, aus dieser Front gegen Russland auszusteigen, denn auch dafür erklären sich die G7 Länder zuständig. Sich um die Wirkungen zu kümmern, fällt in ihr Regelwerk der multilateralen Ordnung.

— Wenn der Westen jetzt auf die Unkosten des Sanktionsregimes für die einzelnen Länder kommt, auf die ‚nachteiligen und schädlichen Auswirkungen‘, ist das in keinster Weise so gemeint, dass man die als Einwand zu berücksichtigen hätte, sondern umgekehrt: davon lässt man sich nicht beirren. Diese Auswirkungen zu betreuen und die Sanktionen gegen die verschiedenen Länder durchzusetzen, das ist ihre Aufgabe.

Die Grundlage der Durchschlags- und Überzeugungskraft westlicher Sanktionspolitik: Weltkapitalismus ist Dollarkapitalismus (S. 38)

Die Sanktionsdrohungen gegenüber Staaten, die sich nicht in die globale Kriegsfront einreihen wollen, zeigen Wirkungen.

— In Fußnote 10 (S. 38) wird drauf hingewiesen, dass weltweit engagierte chinesische Firmen Russland nicht mehr als normalen Handlungspartner behandeln. Zugleich wird gesagt, dass chinesische Regierungsvertreter davor warnen, sich den Erpressungen des Westens zu beugen. Wie ist das zu verstehen?

Chinesische Kapitalisten stellen wegen der amerikanischen Sanktionsdrohungen so manches Geschäft mit Russland zur Disposition, weil sie ihre Geschäftsgelegenheiten mit den USA nicht verlieren wollen. Das ist davon zu unterscheiden, wie sich der chinesische Staat zu Amerikas Sanktionsdrohungen verhält.

— Aber dem chinesischen Staat können doch die Geschäfte ihrer Kapitale mit den USA auch nicht egal sein. Dass die Staaten sich einerseits nicht dem westlichen Druck beugen wollen und zugleich nicht auf den Dollarmarkt verzichten wollen, ist eine Zwickmühle, aber kann man da von einem Dissens zwischen dem chinesischen Staat und seinen Kapitalisten sprechen?

Die Fußnote benennt den Widerspruch, um den es im Folgenden geht: Die chinesische Regierung kritisiert die Wirtschaftssanktionen, sie wirft den Amis vor, dirigistisch in die weltwirtschaftspolitischen Beziehungen der Staatenwelt einzugreifen usw. Das steht in Widerspruch dazu, dass die amerikanische Drohung mit Sekundärsanktionen die weltweit tätigen chinesischen Firmen durchaus beeindruckt und sie ihre Geschäfte mit Russland neu überdenken. Warum tun sie das?

— Das westliche Sanktionsregime macht dem chinesischen Kapital eine neue Kalkulationsgrundlage auf, nämlich ihre ökonomische Schädigung, und daher ziehen sie sich vom russischen Geschäft zurück.

Mal dahin gestellt, ob sich die Kapitale vollständig zurückziehen. Auf jeden Fall kalkulieren die Kapitale, welche Bedeutung das amerikanische Geschäft für sie im Verhältnis zu ihren Geschäften mit Russland hat. Die *Grundlage* dieser Abwägung ist zu klären, nämlich die in der Überschrift angesprochene Gleichung von Weltkapitalismus und Dollarkapitalismus. Weltweit tätige Unternehmen sind auf Zugang zu Dollarkredit und zum Dollarmarkt angewiesen. Das ist die *entscheidende Bedingung* für Geschäftserfolge auf dem Weltmarkt.

— *Aber das ist doch der chinesischen Regierung auch nicht unbekannt.*

Die chinesischen Kapitale antizipieren die Folgen der von den USA angedrohten Sekundärsanktionen auf ihr *Geschäft*. Wie sich der chinesische Staat *politisch* dazu stellt, hat andere Gründe und ist im nächsten Kapitel abgehandelt. Diese beiden Seiten gilt es zu unterscheiden.

— *Das Zitat der amerikanischen Finanzministerin Yellen (S. 38) zeugt von der Gewissheit, dass die amerikanische Hoheit über den Dollar und damit über den Weltfinanzmarkt der Staatenwelt keine Alternative zum Dollar lässt, dass es sich also kein Staat leisten kann, sich dem US-Sanktionsregime zu entziehen.*

— *Und dieser Hinweis auf die alternativlose Angewiesenheit auf das Dollargeschäft ist ja nicht nur als Feststellung, sondern zugleich als Drohung gemeint.*

Der Ausgangspunkt des Yellen-Zitats ist der Versuch von Staaten, Alternativen zum Dollar aufzubauen, neue Zahlungssysteme zu etablieren, die den Gebrauch des Dollars in ihrem zwischenstaatlichen Handel einschränken usw. Zu diesen Versuchen, von ihrer Abhängigkeit vom Dollar ein Stück weit los zu kommen, sagt sie lapidar: ‚Probiert es doch. Es ist aussichtslos!‘ Das unterstellt die tatsächliche *Besonderheit* des Dollars, also das, was ihn politökonomisch ausmacht und warum alle Welt auf den Dollar angewiesen ist: Er ist das *Weltgeld* schlechthin, *das verbindliche Maß* für den Reichtum in aller Welt.

Im Zuge des Wirtschaftskriegs gegen Russland wurden Guthaben eingefroren, russischer Geschäftsverkehr mit amerikanischen Banken ausgesetzt, und ein Handelsverbot, um Russland vom Weltmarkt auszuschließen, erlassen. Mit der Androhung von Sekundärsanktionen stehen Staaten, die sich dem nicht anschließen wollen, vor dem Problem, dass dieses Sanktionsregime auch auf sie ausgeweitet werden könnte. Die Wirksamkeit dieser Drohung hat den weltweiten Dollarkapitalismus zur Grundlage und die Tatsache, dass die amerikanischen Banken der Rechtshoheit des amerikanischen Staates unterliegen, der diese Maßnahmen verfügt.

290 **Die Reaktionen – berechnendes Mitmachen, Entzug, Opposition – und deren Grundlage: Dollarkapitalismus funktioniert nur als Weltkapitalismus (S. 40)**

— *Die Überschrift enthält die Umkehrung zur vorherigen: der Dollarkapitalismus ist schon auch darauf angewiesen, dass er auf der ganzen Welt funktioniert. Die Staatenwelt aber, die aufgefordert ist, sich dem Wirtschaftsboykott anzuschließen, hat erst mal andere Probleme. Hingewiesen wird auf sehr unterschiedlich verfasste Staaten: Einerseits welche, die existentielle Probleme mit dem Weltmarkt haben, sogar mit Hunger in ihrem Land. Dann welche, die sehr nützliche Beziehungen zu Russland unterhalten, teilweise auf deren Energie- oder Rohstofflieferungen angewiesen sind, die also keinen Grund für eine Anti-Russland-Front haben. Drittens schließlich bietet Russland seinerseits als Antwort auf den Wirtschaftskrieg Ländern gegenwärtig Spezial- und Sonderangebote, damit sie ihre Geschäftsbeziehungen weiterhin aufrecht erhalten.*

Insoweit erfährt der Versuch einer Entmachtung Russlands per Wirtschaftskrieg staatliche Reaktionen, die von Desinteresse bis hin zu Gegnerschaft reichen. Um die Aussage in der Überschrift ‚Dollarkapitalismus funktioniert nur als Weltkapitalismus‘ zu erklären, ist der Grund für die mangelnde ‚Überzeugungskraft‘ des Westens in Hinblick auf die Herstellung einer weltweiten Einheitsfront gegen Russland festzuhalten.

— *Ist das nicht die Kehrseite des Dollarkapitalismus? Die ganze Weltwirtschaft ist für den Dollarkapitalismus hergerichtet. Das schließt aber auch ein, dass deren Benutzung zugleich auch einen Nutzen für die so funktionalisierten Staaten hergeben muss. Dieser Nutzen kann zur Entwicklung von Potenzen seitens dieser Staaten führen, so dass sie in der Lage sind, ihrem Unwillen gegenüber den Machern der Dollarökonomie praktisch Geltung zu verleihen.*

Die Wirtschaftskrieger müssen konstatieren, dass sich die geforderte antirussische Gefolgschaft nicht so einfach einstellt. Es gibt eine gestaffelte Reaktion auf ihre Forderungen, die vom berechnenden Mitmachen über Entzug bis zur Opposition reicht. Ein Teil der Staaten verweist darauf, dass sie es sich nicht leisten können, auf russisches Öl oder Nahrungsmittellieferungen zu verzichten. Sie sind in existentiellen Nöten, wenn sie alle Beziehungen zu Russland abbrechen. Bei nicht wenigen anderen Staaten steht nicht die Unfähigkeit an der Teilnahme an den Sanktionen im Vordergrund, sondern die *Unwilligkeit*. Diese zumeist besser gestellten Staaten teilen das politische Anliegen nicht, das die USA im Wirtschaftskrieg gegen Russland verfolgen; sie wollen sich nicht an den Sanktionen beteiligen und schließen sich der Antirusslandfront nicht an. Sie verweisen auf ihren Status in der Konkurrenz der Nationen, den sie durch die Teilnahme an der amerikanisch beaufsichtigten Weltwirtschaftsordnung erreicht haben und der sie zu einem relevanten Teil der Weltökonomie gemacht hat. Unter Berufung auf ihre ökonomische Potenz verweigern sie sich dem Einreihen in die Wirtschaftskriegsfront und weisen darauf hin, dass ihre weltweiten ökonomischen Beziehungen nicht nur die eigene Nation voranbringen, sondern ein erklecklicher Teil der gesamten Weltwirtschaft davon abhängt, der Teil z.B., der China als Geschäftssphäre benutzt. Diese Staaten sehen mit der Bekämpfung Russlands als Großmacht ihren bisherigen Erfolg gefährdet.

— *In dem Zitat aus dem Communiqué des BRICS-Gipfeltreffens in Peking (S. 43) berufen sich diese Staaten auf ein weltweit geltendes, auf Regeln basierendes multilaterales Handelssystem. Sie klagen ein, dass der aktuelle Rechtsanspruch des Westens auf antirussische Gefolgschaft dem für alle Staaten gültigen Recht zuwiderläuft. Wie passt dazu die Aussage, dass sich der Widerspruch, den der Westen im Moment betreibt, in aller Härte darin geltend macht, „was das Dürfen betrifft“ (S. 43, o.)?*

— *Diese Staaten bekräftigen, dass sie sich an die für alle verbindlichen und geltenden Regeln halten. Der Westen dagegen führt einen neuen Zweck in die Lizenz ein, sich an der Weltwirtschaft beteiligen zu dürfen, nämlich Russland als Großmacht zu beseitigen, und stellt damit die bisherige Weltordnung in Frage. Dieser Ausschluss vom Dürfen bedeutet, dass Amerika klarstellt, dass es von seiner Erlaubnis abhängt, auf welche Art und Weise die Staaten ihren ökonomischen Nutzen verfolgen dürfen.*

„Dürfen“ heißt erst einmal, dass der globalisierte Kapitalismus für alle beteiligten kapitalistischen Unternehmen und alle Staaten die Benutzung ihres Eigentums als Geschäftsmittel weltweit gewährleisten soll. Auf dieses Recht berufen sie sich.

— *Wurde durch den Ausschluss Russlands nicht die gesamte WTO außer Kraft gesetzt?*

Die Staaten, die sich dem Wirtschaftskrieg nicht anschließen wollen, kennzeichnen das Vorgehen gegen Russland als einen immensen Verstoß gegen alle Regeln der WTO, als Widerspruch zur bisherigen WTO, in der man zugelassen war, sich wegen des nationalen Interesses beteiligt hat und sich in der Konkurrenz der Nationen bewähren wollte. Dieser Vorwurf wird als Argument für ihre Verweigerung angeführt. Sie sehen einen Widerspruch zur WTO, wenn der Inhalt der Ordnung, der alle Staaten gleichermaßen berechtigt, sich regelkonform auf dem Weltmarkt zu betätigen, für einen, auch noch derart potenten Staat außer Kraft gesetzt wird. Formell gilt die WTO weiterhin, aber weil der Wirtschaftskrieg Russland von der Beteiligung am Weltmarkt ausschließt, ist das Regelwerk der WTO praktisch außer Kraft gesetzt.

Länder wie die BRICS berufen sich darauf, dass jeder Staat unter Beachtung des von den USA gesetzten und allgemein gültigen Regelwerks seine Interessen in der Konkurrenz der

360 Nationen frei betätigen darf und soll. Dieses Prinzip der gleichberechtigten und freien
Beteiligung aller Staaten sehen sie durch die Politisierung, die von den USA gegen Russland
vorangetrieben wird, in Frage gestellt. Die Teilnahme an der zivilen Konkurrenz gilt nicht
mehr für alle Staaten, sondern wird in dem Sinne politisiert, dass Russland nicht mehr an
dieser Konkurrenz teilnehmen dürfen soll. In diesem Vorhaben sehen sie auch die Gefahr,
365 sondern um ein neues Prinzip, das sich auch gegen sie selbst richten kann. Mit der
Unterordnung unter die von den USA gesetzten und für alle Staaten gleichermaßen
geltenden Regeln verschaffte man sich die Freiheit, an der weltweiten ökonomischen
Konkurrenz mehr oder weniger erfolgreich teilnehmen zu können. Dieses „um zu“ – man
beugt sich den Regeln der WTO usw., um sich damit die Perspektive zu verschaffen, seine
370 nationalen Interessen in der ökonomischen Konkurrenz auf dem ganzen Globus verfolgen zu
können – wird in Frage gestellt, wenn die USA gemäß ihrer nationalen Interessen ansagen
können, wo welches Geschäft stattfindet, wie man sich in der Konkurrenz aufstellt und an
ihr teilnimmt. Die aktuell verlangte Unterordnung hat den Inhalt, dass nur solche Geschäfte
getätigt werden dürfen, die kein Verstoß gegen die von den USA ausgerufenen Sanktionen
375 sind.

— *Es wird betont (S. 43), dass es nicht darum geht, sich nach Beendigung des Krieges
wieder mit Russland ins Benehmen zu setzen, vielmehr ist die Forderung nach Unterwerfung
unter die Gewalt, die sich über alle Staaten stellt, keine vorübergehende Angelegenheit,
sondern prinzipiell gemeint. Das machen die USA zur Bedingung dafür, ob man seinen
380 nationalen Nutzen weiterhin auf dem Weltmarkt verfolgen darf, ob die Regeln gelten, ob das
Eigentum gilt, ob der Dollarreichtum verfügbar ist, den man sich am Weltmarkt verdient etc.*

— *Für diesen Sachverhalt hat Yellen den Begriff „friend-shoring“ geschaffen. (S. 43). D.h.
die Internationalisierung des Kapitalismus soll unter dem Vorbehalt der USA stattfinden, die
ihre Bündnispartner in der ganzen Welt prinzipiell und jetzt speziell für den Krieg gegen
385 Russland in die Pflicht nehmen.*

Hier liegt die Betonung darauf, dass politische Linientreue verlangt wird, damit man sich als
ökonomisches Subjekt auf dem Weltmarkt betätigen darf. Der ökonomische Materialismus
wird an einen *politischen Vorbehalt* gebunden, an die Unterordnung unter die politischen
Bedingungen, die Amerika für die weltweite ökonomische Konkurrenz setzt.

390 Ist damit die Überschrift: „Dollarkapitalismus funktioniert nur als Weltkapitalismus“ (S. 40)
beantwortet?

— *Wenn der Hüter des Dollars darüber bestimmen darf, wer sich unter welchen
Bedingungen am Weltmarkt beteiligen darf, und dafür seine Gewalt in Anschlag bringt, also
politische Unterwerfung verlangt, dann heißt das für alle beteiligten Staaten, dass sie ihren
395 nationalen Nutzen gemäß den geltenden Regeln dieser Ordnung nicht mehr verfolgen
können. Wenn eine Macht ihr unbotmäßige Staaten einfach ausschließen kann, ist es kein
Weltkapitalismus mehr.*

— *Wenn die widerspenstigen Staaten auf überstaatliche Institutionen wie UNO und WTO
verweisen, dann wollen sie die USA auf ein auch ihnen übergeordnetes Regelwerk
400 verpflichten und die Politisierung, die die USA jetzt in ihrer imperialistischen
Auseinandersetzung mit Russland vornehmen, als unzulässige Abweichung vom Prinzip der
zivilen Konkurrenz kennzeichnen.*

Die Staaten klagen als ihr Recht ein, dass die USA gegen die bisher gültige, von ihnen selbst
durchgesetzte und garantierte Ordnung verstoßen, und sie beharren – gegen Amerika – auf
405 dem Prinzip, wie sie den Weltkapitalismus in ihrem Interesse verstehen. Das erlauben sie
sich auf der Basis, dass sie es bei der Nutzung der weltumspannenden Konkurrenz für ihren
ökonomischen Fortschritt zu einigen Erfolgen gebracht haben.

Sie machen in Form solcher Stellungnahmen an die Adresse der USA darauf aufmerksam,
dass Amerika die ganze Welt als seine Geschäftssphäre nutzen kann, dass es mit seinem

410 Geld das verbindliche Maß des Reichtums stellt, dass es mit seinen Finanzmärkten dafür
sorgt, dass alle Welt sich um die Vermehrung des Dollars bemüht. Damit dieser
Dollarkapitalismus funktioniert, muss die Welt aber auch als Geschäftssphäre existieren,
müssen alle Staaten Bestandteil des Weltmarkts und dieser Weltordnung sein wollen, sich in
dieser Weise einordnen, und von den USA benutzt werden können. Das wollen und machen
415 die BRICS-Staaten und andere geltend, weil die Weltwirtschaftsordnung für jeden Einzelnen
dieser Staaten ebenfalls die nationale Perspektive eröffnet, sich durch seine Teilnahme am
Weltmarkt seine ökonomische Grundlage zu verschaffen.

Dieser Materialismus der Staaten wird jetzt in Frage gestellt, wenn die USA diese
Perspektive durch die Politisierung der Weltwirtschaft aufkündigen. Darauf machen diese
420 Staaten die USA aufmerksam und klagen ein, dass die USA doch selbst für diese
Weltwirtschaftsordnung stehen, dass sie doch die Instanz sind, die für deren Gültigkeit
einsteht und davon profitiert. Damit rechtfertigen sie, dass sie sich dem Wirtschaftskrieg
nicht anschließen.

Die Zuspitzung besteht darin, dass nicht mehr ausschließlich das Recht der freien
425 Konkurrenz gilt, sondern dass die Politisierung der Konkurrenz durch die USA den Staaten
politische Vorgaben macht, nach denen der Weltmarkt zu funktionieren hat und denen sich
alle Teilnehmer am Weltmarkt unterzuordnen haben, auch wenn ihr Materialismus dabei
negiert wird.

*

430 Beim **nächsten Termin am 21.11.2022** wird der letzte Punkt des Artikels besprochen (GSP
3-22 S. 44 ff.). Danach soll der Artikel „Das erste Halbjahr Ukraine-Krieg“ im GSP 3-22
diskutiert werden unter Einbeziehung des aktuellen Kriegsverlaufs.